

## WWU@10: Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion – Errungenschaften und Herausforderungen

### BÜRGERINFO

Anfang Mai 1998 fassten die politischen Führer der Europäischen Union den historischen Beschluss, zum 1. Januar 1999 den Euro einzuführen. Heute, zehn Jahre danach, verfügen 320 Millionen europäische Bürger – also mehr Menschen, als die Bevölkerung der Vereinigten Staaten zählt – über eine gemeinsame Währung und profitieren in vollem Umfang von der EU-Integration.

Euro-Banknoten und -Münzen wurden zwar erst im Jahr 2002 eingeführt, doch die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), also die einheitliche Währungs- und Wechselkurspolitik, kann im Januar nächsten Jahres bereits auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken.

Tatsächlich kamen die Bürger Europas schon vorher in den Genuss der Vorteile der WWU, nämlich bereits Mitte der 90er Jahre, als die künftigen Mitgliedstaaten des Euroraums begannen, ihre Wirtschaftspolitik untereinander abzustimmen, um in Vorbereitung auf die WWU die Inflation einzudämmen und die Staatsverschuldung abzubauen, die mit hohen Kosten für die Steuerzahler verbunden ist und eine große Belastung für künftige Generationen darstellt.

WWU und Euro sind ein voller Erfolg, an dem 15 Länder der Europäischen Union teilhaben. Mit der WWU wurde eine beispiellose Phase der Preisstabilität und niedriger Zinssätze eingeleitet. Und trotz des derzeitigen Wiederauflebens der Inflation infolge des explosionsartigen Anstiegs der Energie- und Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt verharren die Zinsen auf niedrigem Niveau.

Die aktuellen Preise stellen ein ernsthaftes Problem für die ärmeren Teile der Bevölkerung wie auch für energieintensive Industrien dar. Doch der Euro, inzwischen zu einer starken internationalen Währung geworden, bietet unter diesen ungünstigen Bedingungen auch einen gewissen Schutz. So hat sich der Preis für ein Barrel Öl in US-Dollar seit 2002/2003 fast verfünffacht; an der Zapfsäule fällt der Preisanstieg jedoch – wenn man in Euro bezahlt – deutlich geringer aus.

Als **direkte** Vorteile der WWU für die Bürger sind insbesondere folgende Aspekte zu nennen:

- **Die Inflation betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 2 %** – eine sehr positive Entwicklung, wenn man bedenkt, dass die durchschnittliche Inflation in den frühen 90er Jahren noch etwa doppelt so hoch war und dass seinerzeit einige Länder, die heute dem Euroraum angehören, noch zweistellige Inflationsraten aufwiesen.
- **Die Inflationsentwicklung führte zu einem Rückgang der langfristigen Zinssätze auf unter 4 %, was ungefähr der Hälfte des Zinsniveaus in den 90er Jahren entspricht (einige Länder verzeichneten in der Zeit vor der WWU gar zweistellige Raten). Für viele Haushalte bestand damit erstmals die Möglichkeit, ein Eigenheim zu erwerben. Unternehmen waren in der**

**Lage, ihre Investitionsvorhaben zu finanzieren, was mit zur Schaffung einer Rekordzahl von Arbeitsplätzen beitrug.**

- **Bei einem Auslandsurlaub müssen die Bürger nicht mehr Zeit und Geld für den Geldumtausch aufwenden. Außerdem können sie die Preise besser vergleichen, was wiederum dem Wettbewerb förderlich ist und somit auch dem Bürger zum Nutzen gereicht.**
- **Unternehmen können heutzutage bei Abschluss eines Vertrags mit Geschäftspartnern in anderen Ländern des Euroraums sicher sein, dass ihr Anteil am Gewinn nicht durch Wechselkursschwankungen geschmälert wird. Dies hat dem Handel zwischen den Ländern des Euroraums Auftrieb gegeben, so dass heute ein Drittel der Produktion und die Hälfte des Handels innerhalb des Euroraums vor den Auswirkungen von Wechselkursschwankungen geschützt sind.**
- **Auch die Krisen im Zusammenhang mit Währungsabwertungen, die Europa früher regelmäßig traumatisierten und für die Bürger automatisch einen Anstieg der Preise importierter Produkte zur Folge hatten, gehören lange der Vergangenheit an.**

Es sind aber noch andere – gleichermaßen bedeutsame und reale – Vorteile für den Bürger zu nennen, wenngleich diese nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sein mögen:

- **Die staatlichen Haushaltsdefizite – also der Betrag, um den die Staatsausgaben die Staatseinnahmen übersteigen – sind von durchschnittlich 4 % in den 80er und 90er Jahren auf ein Rekordtief von durchschnittlich 0,6 % des BIP im Jahr 2007 gesunken. Die Kumulierung von Defiziten hatte zu einem Anstieg der langfristigen Staatsverschuldung und zu einer Erhöhung der Aufwendungen für Schuldentrückzahlung und Zinsen geführt. Der Abbau der Haushaltsdefizite und der Staatsschulden ermöglicht es, die öffentlichen Mittel besser einzusetzen und die Gesamtabgabenbelastung zu reduzieren. Erreicht wurde dies durch die einschlägigen Vorschriften des EG-Vertrags, auf deren Grundlage für das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand Obergrenzen von 3 % bzw. 60 % festgesetzt wurden.**
- **Die europäischen Märkte sind heute besser integriert, auch im Finanzbereich. Für die Verbraucher bedeutet dies, dass Produkte und Dienstleistungen preiswerter werden. Ein gutes Beispiel hierfür sind von Privatkunden vorgenommene grenzüberschreitende Überweisungen und Barabhebungen, die inzwischen genauso wie inländische Banktransaktionen behandelt werden.**
- **In nicht einmal zehn Jahren ist der Euro zu einer der beiden wichtigsten Währungen in der Welt – neben dem Dollar – geworden. Die wachsende internationale Rolle des Euro bietet einen Schutz gegen Turbulenzen in der Weltwirtschaft und trägt auch dazu bei, dass die jüngsten steilen Preisanstiege bei Nahrungsmitteln und Energie zum Teil kompensiert werden können.**

Dank einer stärkeren Integration der Volkswirtschaften, einer besseren Abstimmung untereinander und einer besseren Steuerung sowie einer größeren Flexibilität konnten seit 1999 fast **16 Millionen Arbeitsplätze** geschaffen werden. In den 90er Jahren waren es nicht einmal 12 Millionen, in den 80er Jahren gerade einmal gut 2 Millionen. Dies hat es ermöglicht, die Arbeitslosenquote, die seit Anfang der 80er Jahre kontinuierlich angestiegen war, auf 7 % im Jahr 2007 zu senken.

Die genannten Vorteile liefern eine Erklärung dafür, dass alle zwölf Länder, die der EU zwischen 2004 und 2007 beigetreten sind, den Euro einführen wollen. Slowenien, Zypern und Malta haben dies bereits getan und andere EU-Mitgliedstaaten werden im Zuge des schrittweisen Aufschließens ihrer Volkswirtschaften zum Euroraum folgen.

**Kann die WWU künftig noch weitere Vorteile bringen?** Ja, sie kann und sie sollte es auch, wenn sie ihr volles Potenzial für den Bürger realisieren will. In einigen der größten Mitgliedstaaten ist das Wachstum bisher nur moderat. Wenn mehr getan wird, um die Volkswirtschaften im Euroraum zu modernisieren und wettbewerbsfähiger zu machen, – in Anknüpfung an die Maßnahmen, die bereits im Rahmen der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht wurden, – dürfte der Euroraum wettbewerbsfähiger werden und noch größeren Nutzen aus der gemeinsamen Währung ziehen. Die Produktivität – anders ausgedrückt: der Wert der pro Arbeitsstunde produzierten Waren und Dienstleistungen – muss künftig schneller zunehmen und so auch einen rascheren Anstieg der Löhne ermöglichen. Damit dies geschehen kann, müssen die Mitgliedstaaten die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen einlösen durch entsprechende Reformen, die das ganze Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaften freisetzen, sowie durch die Förderung wettbewerbsfähigerer Dienstleistungsmärkte – einschließlich Finanzmärkte – wie auch besser funktionierender Arbeitsmärkte.

**Intern** muss im Euroraum für eine bessere Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik gesorgt werden, um dauerhaft eine solide Haushaltspolitik zu gewährleisten und Schaden abzuwenden, den die nach wie vor bestehenden makroökonomischen Ungleichgewichte der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zufügen können. Außerdem muss bei der Modernisierung unserer Volkswirtschaften und der Beseitigung der nach wie vor zwischen ihnen bestehenden Barrieren ein höheres Tempo angeschlagen werden, damit ein reibungsloseres Funktionieren der Märkte sichergestellt werden kann. Dies wird es dem Euroraum erleichtern, die Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen zu vollziehen und „externe Schocks“ zu verkraften, die ihre Ursache in Ereignissen haben, welche außerhalb der Kontrolle der europäischen Politik liegen (wie etwa die Entwicklung der Ölpreise oder die Hypothekenkrise in den USA). Gelingt es, für ein besseres Funktionieren der Märkte zu sorgen, wird dies auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Eindämmung des Anstiegs der Verbraucherpreise innerhalb und außerhalb des Euroraums beitragen.

Was die **externe** Dimension betrifft, müssen die Mitglieder des Euroraums in der Lage sein, sich auf gemeinsame Positionen zu verständigen und diese zu vertreten und in internationalen Foren, etwa dem Internationalen Währungsfonds, wie auch in der Zusammenarbeit zwischen den großen Industrienationen im Rahmen der G7/G8 mit einer Stimme zu sprechen. Nur dann wird der Euroraum die Rolle, die er aufgrund der Bedeutung des Euro als einer der wichtigsten internationalen Währungen in der Gestaltung der internationalen Wirtschaft spielen sollte, in vollem Umfang wahrnehmen können.

Und schließlich braucht der Euroraum eine **effektivere Governance**. Vom wirtschaftlichen Erfolg eines Mitgliedstaates des Euroraums profitieren immer auch die anderen. Umgekehrt

gilt, dass ein Land, das hinterherhinkt, auch die anderen in ihrer Entwicklung behindert. Somit sind die nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Daher müssen diese Politiken innerhalb der „Eurogruppe“ (Finanzminister der Länder des Euroraums) und des ECOFIN-Rates (Tagung aller EU-Finanzminister) besser koordiniert werden. Die Eurogruppe wird durch den Vertrag von Lissabon größeres Gewicht erhalten und im Zuge der Vergrößerung des Euroraums und des Beitritts neuer Mitglieder zunehmend an Bedeutung gewinnen. Sie wird eine Führungsrolle übernehmen müssen in Fragen, die für den Euroraum von besonderer Relevanz sind.

Die WWU ist ein **Meilenstein in der EU-Integration**. Doch die drängenden Herausforderungen – Globalisierung, Verknappung der natürlichen Ressourcen, Klimawandel und Bevölkerungsalterung – verlangen, dass wir das **Funktionieren der WWU verbessern**, um für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus gerüstet zu sein. Eine stärkere WWU wird auch die **Führungsrolle der EU in der Weltwirtschaft stärken**.